

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 28.06.2023
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 17:47 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

ab 16:40 Uhr.

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

ab 17:03 Uhr.

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

ab 16:35 Uhr.

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Herr Stadtrat Karl Miller

Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

sozial.ökologisch.links.

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit**Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Herr Stadtrat Alexander Hamler

ab 16:09 Uhr.

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

stellvertretender Ortsvorsteher

Herr stellv. Ortsvorsteher Stefan Struzyna

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel

Herr Helmuth Caesar

Herr Alexander Groll

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Herr Helmut Ott

Frau Teresa Senoner

Frau Franka Zaneck

Abwesend:**CDU**

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

sozial.ökologisch.links.

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Nadine Molinari

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Tagessordnung

=====

- 1** Gründung einer Aspen GmbH
- 2** Bezahlbarer Wohnraum für Schwäbisch Gmünd
hier: Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluss vom 16.12.2020 Eckdaten und Rahmenbedingungen für preiswerten Wohnungsbau in Schwäbisch Gmünd
- 3** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E III "Strutfeld 4. Erweiterung Wohnen", Gemarkung Bargau
- Aufstellungsbeschluss
- 3.1** Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E III "Strutfeld 4. Erweiterung Wohnen", Gemarkung Bargau
- Aufstellungsbeschluss
- 4** Park am Sonnenhügel, 1. Bauabschnitt
- 5** Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2023/2024
- 6** Abdeckung des Verlustvortrags zum 31.12.2021, Übernahme des Jahresverlustes 2021 sowie Ausgleich weiterer offener Forderungen der Touristik und Marketing GmbH
- 6.1** Abdeckung des Verlustvortrags zum 31.12.2021, Übernahme des Jahresverlustes 2021 sowie Ausgleich weiterer offener Forderungen der Touristik und Marketing GmbH
- 7** Gebührenanpassung Städtische Musikschule auf 1. September 2023
- 8** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 9** Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO
- 10** Bekanntgaben
- 10.1** Unverpackt-Laden
- 10.2** Gmünder ART
- 11** Anfragen
- 11.1** Verkehrssituation Schulstraße/Asylstraße
- 11.2** Verkehrsgefährdung durch Baustellen in Großdeinbach
- 11.3** Jugendgemeinderat
- 11.4** Besichtigung der Weleda-Baustelle

11.5 Baugenehmigung St. Elisabeth

11.6 Wohnen an der Stadtmauer

11.7 Öffentliche Toilette am Bahnhof

11.8 Europan

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Gründung einer Aspen GmbH **Vorlage: 121/2023**

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass der Ostalbkreis Zukunftsregion sei, dies freue ihn sehr. Bei Investitionen sei man negativ belastet, es gebe mehr Abwanderungen als Zuwanderungen. Man solle sich professionell aufstellen, wenn man das Gebiet vermarkten wolle. An den Vorgaben, die nicht jeder erfüllen könne, wolle man festhalten. Es habe Diskussionen über die Besetzung des Aufsichtsrates gegeben. Nicht alle Fraktionen wären vertreten. Er schlägt daher vor, dass die CDU auf einen Sitz verzichten würde. Man könne es alternativ auch wie folgt berechnen: Der neue Gemeinderat hätte 48 Mitglieder, je angefangene 12 Sitze, also ein Viertel der Gemeinderäte, solle ein Sitz im Aufsichtsrat zustehen. Wichtig sei, dass sich die Mitglieder bewusst seien, dass der Aufsichtsrat viel zu tun haben werde.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass das Aspenfeld und das nachhaltige Industriegebiet den Gemeinderat schon seit einiger Zeit beschäftigen und dies auch weiterhin so sein werde. Man sei sich einig, dass Entscheidungen über einzelne Firmen Grundsatzentscheidungen seien, die weiterhin dem Gemeinderat vorbehalten sein müssten. Die Aspen GmbH habe eine wichtige Funktion, man habe eine hohe Beanspruchung in der Verwaltung. Es seien Dinge, die Zeit in Anspruch nehmen würden, die auf Kosten anderer Arbeit gehen. Es sei eine Priorisierungsaufgabe. Wenn man eine GmbH habe, kümmere sich ausschließlich diese um Aspen und es entlaste die Verwaltung. Dazu sei ein engagierter und kompetenter Aufsichtsrat notwendig. Hinsichtlich des Vorschlags von Stadtrat Bläse könne man mitgehen, wenn man diesen klein und schlagkräftig halte und alle Fraktionen einen Sitz hätten. Man habe dann eine besondere Funktion bei der Auswahl der Personen.

Stadträtin Heusel/SPD äußert, dass man mit der Flächenvermarktung vorankommen müsse. Es sei wichtig, dass man die Finanzen der Stadt stabilisiere. Eine Entwicklungsgesellschaft als Anstalt öffentlichen Rechts wäre aus Sicht der Fraktion transparenter, die Fraktion sehe aber auch die Nachteile. Eine GmbH würden alle Investoren kennen, daher könne man mitgehen. Man erwarte aber, dass bei der Aushandlung viel Transparenz für den Gemeinderat hergestellt werden müsse. Sie erkundigt sich, ob es bereits Überlegungen für einen Geschäftsführer gebe. Jede Fraktion müsse mit einem Vertreter in der GmbH vertreten sein.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es der erste Schritt sei, den man mache. Es sei ein Grundsatzbeschluss. Den nächsten Schritt, die Details, müsse man dann daran anschließen. Man müsse versuchen, zügig an den Markt zu kommen. Man solle die internationale Dimension nicht unterschätzen.

Stadtrat Relea-Linder/s.ö.l. äußert, dass die Fraktion dem Beschlussantrag nicht folgen könne. Es gebe mehrere Gründe, die dagegensprechen. Wenn man sich die Vorlage anschau, werde man stutzig. In dieser stehe, dass eine GmbH positive Auswirkungen auf die Mitarbeiter hätte. Hierfür hätte er gerne eine Erklärung. Es werde außerdem erläutert, dass eine ganzheitliche und souveräne Außenwirkung erzielt werde. Auch dies sei kein ernsthaftes Argument für eine GmbH. Viele Fragen würden offenbleiben: Was sei mit dem Ortsvorsteher und Ortschaftsrat von Bargau? Hätten diese einen Sitz im Aufsichtsrat? Wer übernehme die Arbeit in der GmbH? Letzten Endes brauche man zusätzliche Stellen, diese kosten Geld. Wer bezahle dies? Wenn es ein städtischer Mitarbeiter sei, sei es egal, ob man es intern mache oder auslagere. Er sei der Meinung, dass Aspen ein Erfolg werden solle, aber nicht mit dieser Form, daher lehne man es ab. Sollte sich der Gemeinderat dafür entscheiden, werde man konstruktiv mitarbeiten.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass das wirtschaftliche Handeln einer öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaft immer ein kompliziertes Konstrukt sei. Man habe die strengen Voraussetzungen und diese seien abgeprüft worden. Die GmbH biete ein schlagkräftiges und flexibles Instrument. Die Besetzung des Aufsichtsrates gebe zum Teil auch die Gemeindeordnung vor. Sie erkundigt sich, ob es bereits Näheres zur Gesellschafterversammlung gebe.

Herr Bantel antwortet, dass der Gemeinderat am heutigen Tag einen Grundsatzbeschluss fassen solle. Wenn man diesen Auftrag habe, werde man die Details klären. Der Beschluss des Gesellschaftsvertrages obliege dem Gemeinderat.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste ist der gleichen Auffassung wie die Verwaltung, man müsse schnell handeln. Der Südwesten sei benachteiligt im Vergleich zum Osten. Daher sei man einverstanden.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW ist erstaunt, dass der Tagesordnungspunkt nach der Vorberatung noch so viel Redebedarf auslöse. Letztlich gehe es darum, ein Vermarktungsvehikel festzulegen. Die GmbH sei das Handelsübliche und die GmbH sei international anerkannt. Es sei daher geeignet und schlagkräftig. Er würde eher von einem Beirat sprechen statt von einem Aufsichtsrat bei einer GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (3 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine GmbH für die Vermarktung der Flächen von Aspen zu gründen.
2. Der Aufsichtsrat der Aspen GmbH wird mit Vertretern des Gemeinderates anhand Proporz besetzt. Je angefangene 12 Gemeinderatssitze je Fraktion (Fraktionsstatus nach § 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderats der Stadt Schwäbisch Gmünd) steht ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Oberbürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist der Erste Bürgermeister. Ebenso gehört der Fachbedienstete für das Fi-

nanzwesen der Stadt Schwäbisch Gmünd als Vertreter des Beteiligungscontrollings dem Aufsichtsrat Amtes an.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4
nachrichtlich an Amt:

zu 2 Bezahlbarer Wohnraum für Schwäbisch Gmünd
hier: Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluss vom 16.12.2020 Eckdaten und Rahmenbedingungen für preiswerten Wohnungsbau in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 115/2023

Protokoll:

Herr Piazza führt aus, dass Stadtrat Schwab sich in der Vorberatung nach dem Anteil der neu erstellen Wohnungen für Personen mit Wohnberechtigungsschein erkundigt hätte. Er erläutert die Zahlen (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass sich die Rahmenbedingungen seit dem Beschluss von 2020 verändert hätten. Es sei daher richtig und wichtig, dass man über das Thema spreche. Er bedankt sich bei der VGW und dem Bauverein, die bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen würden. Man agiere vorbildlich. Man sei gut aufgestellt, dies heiße aber nicht, dass man nicht besser werden wolle. Man müsse abwarten, dann werde man auch mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können. Die Wohnraumoffensive habe einen Bundespreis erhalten, auch hier sei man gut aufgestellt. Es gelte, dass man hier eine Steigerung hinbekomme, da es im Neubau nicht möglich sei. Man stimme dem Beschlussantrag zu.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man intensiv diskutiert habe und hinter der Wohnraumoffensive und dem bezahlbaren Wohnraum stehe. Man wolle aber keinem Beschluss zustimmen, bei dem kein energetischer Standard feststehe. Wenn jemand wenig für die Miete zahle, aber viel für die Heizung, dann sei es auch nicht bezahlbar. Daher müsse ein Standard definiert werden. Einzelfallabweichungen könne man im Altbau immer noch treffen. Im Allgemeinen sollte aber niemand Fördermittel abgreifen, der nicht einen Mindeststandard einhalte.

Herr Piazza antwortet, KfW55 sei im Bestand nicht möglich. Die Wohnung werde mit dem Wohnberechtigungsschein auf 10 Jahre belastet. Der Bauträger, der dies nicht biete, könne es nur dann machen, wenn er den Ausgleich bezahle. Wenn man KfW55 fordere, sei die Miete von Anfang an höher.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man entweder für ein Prinzip stehe, dass dann nur dort stehe oder man sich an der Wirklichkeit orientieren könne und das Beste heraushole. Man habe lange diskutiert, am Ende zähle das Ergebnis. Das Ziel sei, hochwertige und bezahlbare Wohnungen zu haben. Man habe die Wahl und er selbst habe sich für den pragmatischen Weg entschieden.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass bezahlbarer Wohnraum eine äußerst knappe Ressource sei. Der Neubau sei aktuell zum Erliegen gekommen, man müsse alles dafür tun, dass man die Wohnbebauungsmöglichkeiten ausschöpfe. Die Förderkulissen seien angepasst worden. Man müsse als Stadt auf das Land zugehen und schauen, dass die Förderkulisse differenzierter betrachtet werden müsse. Wenn man bezahlbaren Wohnraum schaffen wolle, müsste dies angepasst werden. Es sollte der erklärte Wille Richtung Stuttgart sein, eventuell könne man sich auch an den Bund im zweiten Schritt wenden. Man werde sich der Beschlussvorlage anschließen, da man momentan keine Möglichkeit sehe als voranzugehen. Man habe nicht die Möglichkeit, die Förderkulissen zu erhöhen. Man wolle, dass vor allem der bezahlbare Wohnraum im Bestand geschaffen oder im Neubau geschaffen werde. Die Möglichkeit, in einen Fonds einzuzahlen, solle nicht die erste Priorität sein. Eine Evaluation solle man nach zwei Jahren ernsthaft angehen. Auch das Gespräch mit der Landesregierung wäre wichtig.

Stadtrat Dr. Benk/s.ö.l. äußert, dass das, was die VGW anbiete, wichtig sei. Dies ändere aber nichts daran, dass der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum groß sei. Es sei ein wichtiger und guter erster Schritt. Es sei gut, dass der Gemeinderat den bezahlbaren Wohnraum beschlossen habe. Umso bedauerlicher sei es, dass der Gemeinderat im Mai für ein Bauvorhaben am Salvator dem Beschluss nicht nachgekommen sei, sondern dass sich der Investor Gerald Feig für eine beschauliche Summe freikaufe. Dies sei kein Geheimnis. Wenn jetzt ein Fonds eingerichtet werde, dann solle die Ausgleichszahlung auch angemessen sein, d.h. man müsse sich an der tatsächlichen Miete und nicht an der Vergleichsmiete orientieren. Es sei aber auch da fraglich, ob ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen werde. An dem Beschluss hänge also gar nicht so viel. Alle würden sagen, dass die Wohnraumoffensive ein Erfolgsmodell sei. Der sinnvollste und beste Weg sei, im Bestand zu investieren, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und das Geld dafür zu verwenden. Die personellen Möglichkeiten bei Amt 50 seien beschränkt.

Herr Piazza antwortet, dass die VGW dies auch im Bestand umsetze. Bei Bauträgern, die keinen Bestand hätten, gehe dies jedoch nicht.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen führt aus, dass die Stadt für die Wohnraumoffensive einen wunderbaren Preis bekommen habe, sie spricht ihre Glückwünsche aus. Die Wohnraumoffensive laufe prima, dies sei das eine. Das andere seien die VGW und der Bauverein. Man dürfe jedoch auch die Leute nicht vergessen, die keinen Wohnberechtigungsschein hätten. Man habe nun eine gute Möglichkeit gefunden. Man wolle einmal pro Jahr unterrichtet werden, wie viel Wohnungen errichtet worden seien.

Herr Hackner sichert dies zu. Aktuell werde jedoch nichts neu gebaut.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass der bezahlbare Wohnraum ein schwieriges Thema aufgrund der konjunkturellen Situation sei. Die VGW habe es sehr umsichtig seit Jahren gemacht. Andererseits müsse man sagen, dass die VGW nicht an den wirtschaftlichen Realitäten vorbei investieren könne. Sie sei ebenfalls ein Unternehmen, die ein gewisses Maß an Gewinn erzielen müsse. Im Übrigen gelte der Beschluss von 2020 weiterhin. Wenn jemand komme und er akzeptiere die 15 Prozent, dann benötige man die Abgeltung des Betrags nicht. Aber die Alternative gebe

die Möglichkeit, flexibel auf die Wünsche der Investoren einzugehen. Wenn man niemand habe, der investiere, dann würden weder die 15 Prozent noch die Abgeltungsregelung etwas bringen. Diesen Punkt müsse man im Auge behalten. Das, was derzeit nicht gebaut werde, sei unter anderer Förderkulisse und anderen Zinsen finanziert worden. Der aktuelle Vorschlag sei daher die einzig mögliche Alternative.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man den Punkt gut vorberaten habe. Er dankt Herrn Piazza für die ausgezeichnete Arbeit der VGW. Die Anpassung der Förderkulisse sei zwingend notwendig, damit der ländliche Raum nicht weiter zurückfalle. Hier sei man sich einig. Die vorgeschlagenen Maßnahmen für den bezahlbaren Wohnraum seien sinnvoll und gut, um das Konstrukt beibehalten zu können. Wenn man die Anforderungen weiter verschärfe, dann laufe man die Gefahr, keinen bezahlbaren Wohnraum zu erhalten.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass der Investor am Gewinn orientiert sei. Der Bauverein vermiete nur und verkaufe nicht. Bereits vor 15 Jahren habe man Maßnahmen an den Gebäuden getroffen. Wenn man nun sage, dass man KfW55 wolle, würde das bedeuten, dass man Fenster und Wärmedämmungen, die gut seien, austauschen müsste. Die Mieten würden sich dann erhöhen.

Stadträtin Neufeld/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass sie nicht von KfW55, sondern von einer Zahl gesprochen habe, die man festlegen müsse.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt dies. Statt einer quantitativen Festlegung habe man den Begriff „grundsaniert“ festgelegt.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man die soziale Durchmischung dadurch verliere, dass der bezahlbare Wohnraum nicht im Neubau geschaffen werde. Dies sei ein Nachteil, müsse man aber akzeptieren. „Grundsaniert“ sei ein Problem, da der Begriff nicht definiert sei. Dadurch verliere man die günstigen Nebenkosten. Bezahlbarer Wohnraum heiße nicht nur eine reduzierte Kaltmiete, sondern auch eine bezahlbare Warmmiete. Wenn man davon weggehe, sei die bezahlbare Warmmiete auch nicht mehr da. Es gehe um Rentabilität. Einen Effizienzhausstandard von 85 oder 100 gehe man mit. Man sehe folgendes Problem: Es seien auch Bauträger, die die Ausgleichszahlungen nutzen würden. Ein fündiger Bauträger bekomme 21.000 Euro pro Wohnung. Damit seien 3 Euro Mietdifferenz für 10 Jahre abgegolten. Er kaufe sich ein älteres Gebäude, das 100 Jahre alt und vor 30 Jahren saniert worden sei. Die Wohnungen könne er eigentlich für 7 Euro am Markt vermieten, aufgrund des bezahlbaren Wohnraums vermiete er sie für 6 Euro. Er mache somit 14.000 Euro Gewinn, das wolle man nicht. Man wolle, dass ein entsprechender Gegenwert da sei und dies könne man durch einen gewissen Effizienzhausstandard machen. Hier stimme die Feinabstimmung noch nicht, man befürchte, dass neben den grundsätzlichen Nachteilen jemand komme, der es ausnutze.

Herr Piazza antwortet, dass es keinen Rechtsanspruch gebe, sondern die Stadt dies nachher entscheiden müsse. Ein Bauträger müsse die erste Hürde überwinden, dass er ein anderes Gebäude auf der Gemarkung brauche, zum zweiten, dass dieses grundsaniert sei. Die Stadt könne daher im Einzelfall entscheiden, ob eine Ausgleichszahlung in Frage komme oder nicht.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. führt aus, dass eine Stärkung der Wohnraumoffensive in mehreren Sitzungen angesprochen worden sei. Laut Herrn Reuter könnten die Fälle nicht so abgearbeitet bzw. bedient werden, wie es wünschenswert sei. Er erkundigt sich daher, wie die Verwaltung dies sehe und ob man dies ausbauen könne.

Erster Bürgermeister Baron bedankt sich dafür, dass die Wohnraumoffensive so positiv gesehen werde, der Gemeinderat und die Verwaltung würden zusammen für eine gemeinsame Sache eintreten. Die Wohnraumoffensive sei ein konkretes Konzept. Das Erfolgsgeheimnis sei die Verlässlichkeit und das Vertrauen. Hierauf solle man den Fokus legen, dies solle man nicht mit anderen Bereichen vermischen.

Stadtrat Bläse/CDU findet es schade, dass man am Ende nochmals technisch einsteige. Der geschilderte Fall von Stadtrat Miller funktioniere so nicht: Zum einen gebe es den Fonds, zum anderen bestehende Wohnungen, die man anrechnen könne. Das Geld, das in den Fonds gehe, sei nicht für anrechenbare Wohnungen, sondern beispielsweise, wenn die VGW etwas baue. Diese hätten dann ja den Standard von KfW55 oder mehr. Dies wollte er nochmals klarstellen.

Stadtrat Preiß/CDU weist darauf hin, dass der Bauverein 80 Prozent der Wohnungen saniert habe, die 20 fehlenden Prozent würden noch saniert werden. Jedoch müsse man auch beachten, dass die nicht sanierten Wohnungen 3,80 Euro oder 4,00 Euro kosten würden, die Mieten seien also geringer.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. fühlt sich nicht richtig verstanden. Er habe es so verstanden, dass nicht genügend Personal vorhanden sei. Er möchte sich daher erkundigen, ob man das Personal kurzfristig aufstocken könne oder ob es nicht notwendig sei.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass das Pareto-Prinzip gelte. Man könne immer noch mehr Personal einsetzen, dies sei richtig. Die Frage sei aber, wie die Effektivität sei. Man habe Personal und ein eingespieltes Team sowie Erfolge. Wenn man noch mehr Ressourcen hineingebe, komme linear nicht mehr so viel heraus. Man sehe momentan kein dringendes Bedürfnis. Man könne die Frage gerne mit in die Haushaltsberatungen nehmen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man derzeit einen Masterplan erarbeite, daraus folge wie man sich aufstelle und nicht anders herum.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (3 Gegenstimmen, 9 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderatsbeschluss vom 16.12.2020, Vorlage Nr. 028/2020/2 wird um folgende Eckdaten und Rahmenbedingungen ergänzt:
 - 1.1. Einrichtung eines Fonds „Bezahlbarer Wohnraum“ bei Verkaufsobjekten (Eigentumswohnungen) der zweckgebunden zur Schaffung von bezahlbarem Mietwohnraum über eine Bindungsdauer von mindestens 10 Jahren eingesetzt wird.

1.2. Umsetzung des Angebots von bezahlbaren Mietwohnraum im Bestand des Bauträgers.

2. Evaluation und Überprüfung nach einer Laufzeit von 2 Jahren.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 3 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E III "Strutfeld 4. Erweiterung Wohnen", Gemarkung Bargau
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 113/2023**

Protokoll:

Siehe TOP 3.1

**zu 3.1 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 560 E III "Strutfeld 4. Erweiterung Wohnen", Gemarkung Bargau
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 113/2023/1**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (10 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Für den im Übersichtsplan (Anlage 1) abgegrenzten Bereich ist ein Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften aufzustellen.
2. Es ist eine frühzeitige Bürger- und Behördenbeteiligung durchzuführen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 4 **Park am Sonnenhügel, 1. Bauabschnitt**
Vorlage: 122/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Vergabe der Straßenbauarbeiten mit Landschaftsbauarbeiten auf Nachmaß an die Firma Grünanlagen Schwarz GmbH, Kanalstraße 4, 73430 Aalen, gemäß Angebot vom 20.05.2023 in Höhe von 661.301,87 €, wird zugestimmt.
2. Zur Finanzierung der Maßnahme werden aus dem Ansatz 2022 bei der Investitionsnummer 5110S2-001 (Sanierungsaufwand Hardt) Mittel in Höhe von bis zu 400.000,00 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2023 übertragen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66, 67
nachrichtlich an Amt:

zu 5 **Fortschreibung der Elternbeiträge für das Kindergartenjahr 2023/2024**
Vorlage: 120/2023

Protokoll:

Stadtrat Christian Krieg/CDU führt aus, dass sich die Fortschreibung der Elternbeiträge in eine Liste von Preissteigerungen einreihe. Kinder hätten in Schwäbisch Gmünd einen hohen Stellenwert. Daher sei die beste Botschaft, dass die Zahl der Kinder steige. Man habe Vieles in die Wege geleitet, Investitionen getätigt und damit Mehrwert geschaffen. Der Gemeinderat habe beschlossen, dass man den Kindergartenbeitrag entsprechend der Landesförderung mache, dies wolle man aufrechterhalten. Dass die Kindergartenbeiträge in den einzelnen Kommunen unterschiedlich seien und das Land nichts zahle, helfe nicht weiter. Es gehe um die Kinder, um die Stadt und die Attraktivität. Man wolle daher der Fortschreibung zustimmen. Wenn jemand nicht zustimmen wolle, solle man mit auf den Weg geben, wo man schlussendlich Geld für die Finanzierung aufbringe.

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen schließt sich weitgehend dem Vorredner an. Man könne nicht sagen, dass man auf die Kindergartenbeiträge verzichte, das müsse das Land machen. Man sei deutlich unter der Empfehlung des Landes. Die Eltern hätten zugestimmt, man könne daher zustimmen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD führt aus, dass er sich den Vorrednern anschließen könne, man habe jedoch ein differenziertes Abstimmungsverhalten. Die Erhöhung sei für viele eine Last. Man sehe als Fraktion den politischen Willen, dass man grundsätzlich eine beitragsfreie Kita als Ziel habe, hier werde man auch nicht kleinbegeben. Man werde sich daher enthalten, um ein Zeichen zu setzen.

Stadtrat Fritz/s.ö.l. findet es positiv, dass das Wohngeld Plus ausweitet worden sei und mehr Menschen nun berücksichtigt werden würden. Man habe eine hohe Inflation, nur in wenigen Branchen habe man eine Lohnerhöhung erhalten. Die Kita solle gebührenfrei sein. Die Fraktion sei sich der Situation der Kommunen bewusst. Man wolle, dass sich beim Land etwas ändere, man werde daher nicht zustimmen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sich einig sei, dass die einzig richtige Variante sei, dass das Land die Beiträge übernehme. Die SPD habe eine Enthaltung angekündigt, die s.ö.l.-Fraktion werde mit „Nein“ stimmen. Den Finanzminister beeindrucke dies sicherlich nicht. Wenn die Mehrheit dem Beschlussantrag nicht zustimmen würde, würde es den Haushalt in eine Schiefelage bringen. Dieser Verantwortung solle sich der Gemeinderat bewusst sein.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet ebenfalls, dass es wünschenswert wäre, wenn das Land mit einsteigen würde. Es gebe aktuell aber keine andere Möglichkeit, als dem Beschluss zuzustimmen.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste findet es ebenfalls eine hohe Erhöhung angesichts der steigenden Inflation.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (4 Gegenstimmen, 5 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Elternbeiträge in den Schwäbisch Gmünder Kindertageseinrichtungen werden entsprechend der Landesempfehlung der Kirchen und der Kommunalen Landesverbände (Anlage 2) fortgeschrieben.

Für das Kindergartenjahr 2023/24 erfolgt eine Erhöhung der Elternbeiträge um 8,5 %, (siehe neugefasstes Gebührenverzeichnis Anlage 1) entsprechend der Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung von Kindertageseinrichtungen der Stadt Schwäbisch Gmünd vom 07.07.2021.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 40

nachrichtlich an Amt:

- zu 6** **Abdeckung des Verlustvortrags zum 31.12.2021, Übernahme des Jahresverlustes 2021 sowie Ausgleich weiterer offener Forderungen der Touristik und Marketing GmbH**
Vorlage: 116/2023

Protokoll:

Siehe TOP 6.1.

- zu 6.1** **Abdeckung des Verlustvortrags zum 31.12.2021, Übernahme des Jahresverlustes 2021 sowie Ausgleich weiterer offener Forderungen der Touristik und Marketing GmbH**
Vorlage: 116/2023/1

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Oberbürgermeister Richard Arnold wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der Touristik und Marketing GmbH der Abdeckung des Verlustvortrages zum 31.12.2021 in Höhe von 211.499,85 € sowie der Übernahme des Jahresverlustes 2021 mit 18.345,35 € durch die Gesellschafterin Stadt Schwäbisch Gmünd zuzustimmen.
2. Den aufgrund der Erhöhung des Wirtschaftsplanes 2022 der Touristik und Marketing GmbH entstandenen und noch nicht beglichenen Forderungen wird in Höhe von 48.400,00 € zugestimmt.
3. Darüber hinaus stimmt der Gemeinderat dem Ausgleich der weiteren bestehenden offenen Forderungen der Touristik und Marketing GmbH gegenüber der Gesellschafterin Stadt Schwäbisch Gmünd in Höhe von 158.165,02 € zu.
4. Der zum Vollzug der Maßnahmen gemäß den Ziffern 1 bis 3 erforderlichen überplanmäßigen Ausgabe zugunsten der Touristik und Marketing GmbH wird im Ergebnishaushalt 2022 der Stadt Schwäbisch Gmünd (Teilhaushalt 10, Budget THH10-57-50-03 (Tourismus), Sachkonto 4455000 - Kostenstelle 030000 - Kostenträger 57500101) in Höhe von insgesamt 436.410,22 €, zuge-

stimmt.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Verbesserungen im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2022.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20, T&M
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Gebührenanpassung Städtische Musikschule auf 1. September 2023
Vorlage: 058/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Dem Schulgeldverzeichnis der Städtischen Musikschule wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung mit Wirkung vom 01.09.2023 zugestimmt

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 42
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 124/2023

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 9 Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse gemäß § 35 Abs. 1 GemO

Protokoll:

Herr Ott gibt bekannt, dass der Gemeinderat über die Bauplatzpreise sowie die Vergabe eines Wohnbaugrundstücks an die Stiftung Haus Lindenhof beschlossen habe.

zu 10 Bekanntgaben

zu 10.1 Unverpackt-Laden

Protokoll:

Herr Herrmann führt aus, dass man im Rahmen der Innenstadtentwicklung den Händlern zur Verfügung stehe und begleite. Man habe neue Wege geschaffen, der unverpackt gehe einen neuen Weg und gründe eine Genossenschaft. Man helfe bei der Vermarktung und den Netzwerken. Man habe eine Kooperation auf den Weg gebracht, mit dem Ziel, einzelne Händler im Marketing zu vernetzen.

Herr Groll äußert, dass man einige Händler betreue und die Händler zielgruppenorientiert zusammenzubringe. Außerdem wolle man gemeinsam einen Flyer auflegen, den man im Willkommenspaket für Neubürger aufnehme. Frau Adler begrüße dies sehr und freue sich über jede Unterstützung, auch über die Genossenschaft.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4, T&M

zu 10.2 Gmünder ART**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold weist auf die am Wochenende stattfindende Gmünder ART hin und verweist auf die ausliegenden Flyer.

zu 11 Anfragen**zu 11.1 Verkehrssituation Schulstraße/Asylstraße****Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU weist darauf hin, dass man im Bereich der Schulstraße/Asylstraße einen Unfallschwerpunkt geschaffen habe. Erster Bürgermeister Baron habe sich erkundigen wollen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass er nachgefragt habe. Es gebe keine Auffälligkeiten bezüglich eines Unfallschwerpunktes. Bei Zone 30 gelte rechts vor links. Die Maßnahmen hätten das Ziel, den Verkehr sicherer und nicht unsicherer zu machen. Man könne gerne nochmals ins Gespräch gehen.

Stadtrat Preiß/CDU weist darauf hin, dass die Schulstraße rechts vor links sei, in der Asylstraße sei dies jedoch nicht der Fall. Genau deshalb sei es ein Unfallschwerpunkt.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es sich anschauen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 11.2 Verkehrsgefährdung durch Baustellen in Großdeinbach**Protokoll:**

Stadträtin Kircher-Beißwenger/Bündnis 90/Die Grünen erläutert, dass es in Großdeinbach zwei Baustellen gegeben habe, bei denen es keine Verkehrsregelung gegeben

habe und es daher zu gefährlichen Situationen gekommen sei.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Seite, auf der die Baustelle sei, Nachrang hätte.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

zu 11.3 Jugendgemeinderat

Protokoll:

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich, warum die Sitzung des Jugendgemeinderats entfalle.

Herr Ott antwortet, dass es keine Tagesordnungspunkte gebe, die man behandeln könne.

Oberbürgermeister Arnold habe stattdessen auf den Zeiselberg eingeladen.

zu 11.4 Besichtigung der Weleda-Baustelle

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach der Besichtigung der Weleda-Baustelle, die man mit dem Gemeinderat machen wolle.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies mitnehmen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4, 60
nachrichtlich an Amt:

zu 11.5 Baugenehmigung St. Elisabeth

Protokoll:

Stadträtin Dr. Stahl/CDU führt aus, dass sie der Presse entnommen habe, dass es bei der Baugenehmigung von St. Elisabeth hake. Sie erkundigt sich, woran es hake.

Herr Hackner antwortet, dass man die Baugenehmigung vor vier Wochen unterschrieben habe. Es sei ein Paragraf-2-Denkmal, die untere Denkmalschutzbehörde müsse mit einbezogen werden.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 11.6 **Wohnen an der Stadtmauer**

Protokoll:

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zum Wohnen an der Stadtmauer.

Herr Hackner antwortet, dass es kein einfaches Projekt sei. Man habe den Tunnel. Der Architekt wollte ursprünglich einen Generalunternehmer beauftragen, dies sei jedoch nicht erfolgreich gewesen. Es würden gerade die Einzelprojekte ausgeschrieben. Es sei bereits viel Geld investiert, man wolle das Projekt auch machen. Er denke in Etappen und sei gespannt auf den Herbst.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 11.7 **Öffentliche Toilette am Bahnhof**

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des öffentlichen WCs am Bahnhof, das man ursprünglich zügig umsetzen haben wollen.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass er die Antwort nachreichen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 11.8 European**Protokoll:**

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand von European.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man den Auftrag für einen städtebaulichen Rahmenbauentwurf erteilt habe. Dieser liege nun der Verwaltung vor, man werde diesen intern besprechen und dann in das Gremium einbringen. Ziel sei hier ursprünglich vor der Sommerpause gewesen, ob dies zeitlich klappe, müsse man noch prüfen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: